

Pulsnitzer Tageblatt

Pressdruck 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen — hat der Bezieser
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeilenzeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20, Umtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %, Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Betrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhohndorf, Brerzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Pen-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 17

Freitag, den 21. Januar 1927

79. Jahrgang

Commerz- und Privat-Bank
Aktiengesellschaft
Zweigstelle Pulsnitz

Wir verzinsen
Bareinlagen
zu günstigen Sätzen
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten
Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

Pulsnitzer Bank
e. G. m. b. H.
Pulsnitz und Ohorn

Amtlicher Teil.

Für den Bezirk der Stadt Pulsnitz sind als sachverständige Mitglieder bezw. Stell-
vertreter in den Ausschuss zur Abschätzung des Schadens in Schlachtwiehversicherungs-
sachen
Fleischermeister **Robert Hartmann**,
Landwirt **Ulwin Wolf**,

Fleischermeister **Karl Menzel** und
Rittergutsinspektor **Johann Sobe**
gewählt und am heutigen Tage in Pflicht genommen worden.
Pulsnitz, am 19. Januar 1927.
Der Stadtrat.

Das Wichtigste

Dr. Marx hat dem Reichspräsidenten seinen Auftrag, die Situation
für ein Kabinett der Mitte zu sondieren, zurückgegeben.
Im Barmatprozess wurden der frühere und der jetzige Präsident der
Preussischen Staatsbank als Zeugen vernommen.
Bei einem TribünenEinsturz im Zirkus Caracani in Stuttgart wurden
45 Personen verletzt.
Die Morgenblätter melden aus Mainz: Um die Bevölkerung vor Ueber-
griffen einzelner Besatzungsangehöriger zu schützen, hat die franzö-
sische Militärbehörde beschlossen, in den abgelegenen Stadtteilen nach
Eintritt der Dunkelheit besonderen Patrouillenendienst durch Militär
und Gendarmen einzurichten.
Nach Meldungen aus Peking tragen die Deutschen in Schanghai zum
Schutze gegen Belästigungen Armbinden, die sie als Deutsche kenn-
zeichnen. In Tschangsha streift in der europäischen Konzession das
gesamte chinesische Dienstpersonal.
Durch Schnee- und Windbruch im nördlichen Frankenwalde ist nach
sachmännischer Abschätzung im Durchschnitt mehr als die Hälfte des
Bestandes vernichtet.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten.

— (Vom Sächsischen Gemeindetag) wird uns
folgendes mitgeteilt: Bei der Regierungserklärung, die am
18. Januar d. J. im Sächsischen Landtag durch Herrn Mi-
nisterpräsident Heldt abgegeben ist, hat er eine Reihe von
Punkten zusammengefaßt, deren Erledigung die besondere
Sorge der Sächsischen Regierung in der kommenden Zeit
darstellt. Der sachlich gehaltenen Erklärung müssen auch wir
beipflichten. Dagegen vermissen die sächsischen Gemeinden
zu ihrem lebhaftesten Bedauern, daß in dieser Erklärung
nichts über die ständig sich steigende finanzielle Notlage
der sächsischen Gemeinden enthalten ist. In einer Denk-
schrift des Deutschen Städtetages über das Verhältnis von
Städten, Staat und Wirtschaft zu einander ist von allge-
meinen Gesichtspunkten aus versucht worden, die Aufmerk-
samkeit der Öffentlichkeit auf die unbestreitbare Notlage der
Städte zu lenken. Der Sächsische Gemeindetag
wird in den nächsten Wochen eine auf eingehendem Zahlen-
material beruhende gleiche Denkschrift für die sächsischen Ge-
meinden der Öffentlichkeit übergeben. Der Sächsischen Re-
gierung ist durch zahllose Eingaben und Schilderungen be-
kannt, wie ernst die Lage der sächsischen Gemeinden ist. Es
häufen sich die Fälle, wo die Gemeinden, namentlich mitt-
lere und kleinere, ihre dringendsten und notwendigsten Auf-
gaben nicht mehr erfüllen können. Teilweise können, was
der Öffentlichkeit nicht bekannt ist, nicht einmal die Gehäl-
ter für die Angestellten und Beamten pünktlich ausbezahlt
werden. Wir sind überzeugt, daß auch die Regierung bei
den in nächster Zeit bevorstehenden Verhandlungen über den
Finanzausgleich zwischen Staat und Gemeinden die Aufgabe,
die Not der Gemeinden zu lindern, mit als eine ihrer wich-
tigsten betrachten muß und wird. Umso mehr hätte es der
Sächsische Gemeindetag gewünscht, wenn auch bei der hoch-
wichtigen und bedeutsamen Regierungserklärung durch Herrn
Ministerpräsident Heldt dieser Gesichtspunkt mit in den Vor-
dergrund gerückt worden wäre. Die Öffentlichkeit darf sich
nicht darüber täuschen, daß an der Schaffung gesicherter
finanzieller Grundlagen in den Gemeinden die gesamte Be-
völkerung, vor allem aber auch Wirtschaft, Handel und Ge-
werbe auf das allergrößte interessiert sind.

— (Warnung vor einem Eisenbahndieb.)
Das mit der Eisenbahn reisende Publikum wird vor einem

Marx wieder beauftragt

Paris mit Briand zufrieden — Ermäßigung der Gerichtskosten — Der Barmat-Prozess
Die Berliner Presse zur Lage — Briand über Polen und die deutsche Ostgrenze

Berlin. Der Reichspräsident hat am Donnerstag nach-
mittag das nachstehende Schreiben an den geschäftsführenden
Reichskanzler Dr. Marx gerichtet:
„Sehr geehrter Herr Reichskanzler!
Die äußeren und innerpolitische Lage des Reiches erfor-
dert eine arbeitsfähige und starke Regierung. Die Regierung
wird am erfolgreichsten arbeiten können, wenn sie sich auf
eine Mehrheit im Reichstag stützen kann. Die Bildung einer
solchen Mehrheit unter Einschluss der Linken ist, zurzeit
wenigstens, nicht möglich; der Versuch zur Schaffung einer
nur auf die mittleren Parteien gestützten Regierung ist ge-
scheitert.

Ich richte nunmehr an Sie, Herr Reichskanzler, das Er-
suchen, die Bildung einer Regierung auf der Grundlage
einer Mehrheit der bürgerlichen Parteien des Reichstags
mit tunlichster Beschleunigung zu übernehmen.

Ich appelliere gleichzeitig an die hierfür in Frage kom-
menden Fraktionen des Reichstags, persönliche Bedenken und
Verschiedenheiten der Anschauungen im Interesse des Vater-
lands beiseite zu stellen, sich zur Mitarbeit unter Ihrer
Führung zusammenzuschließen und sich hinter einer Rege-
rung zu vereinigen, die entschlossen ist, nicht für und nicht
gegen einzelne Parteien, sondern getreu der Verfassung für
das Wohl des Vaterlandes zu arbeiten. Diese neue Rege-
rung soll, wenn ihr auch Vertreter der Linksparteien nicht
angehören, dennoch die besondere Pflicht haben, in gleicher
Weise wie andere Staatsnotwendigkeiten die berechtigten In-
teressen der breiten Arbeitermassen zu wahren und in dem
Bestreben, dem gesamten deutschen Volk in all seinen Schichten
zu dienen, die vor uns stehenden wichtigen politischen, wirt-
schaftlichen und sozialen Aufgaben zu lösen.

Mit der Versicherung meiner besonderen Wertschätzung
bin ich Ihr ergebener
gez. von Hindenburg.“

Paris mit Briand zufrieden.

In französischen parlamentarischen Kreisen haben die
Erklärungen Briands vor dem Auswärtigen Ausschuss außer-

ordentlich beruhigend gewirkt. Die Einigungsformel
ist gefunden. Briand hat nichts versprochen, und weder
in Genf noch in Thoiry ist überhaupt etwas geschehen! Das
war in der Tat die einfachste Weise, um aus der Verlegen-
heit zu kommen.

Man fragt sich nur, ob Dr. Stresemann
die Darstellung seines Kollegen Briand in
allen Punkten bestätigen wird. Bei der Rechten
der französischen Kammer hegt man noch einige Zweifel, aber
wie dem auch sei, Briand hat sich löblich unterworfen.

Polen und die deutsche Ostgrenze — Die Auffassung Briands

Paris, 20. Januar. Wie erst jetzt bekannt wird, hat
in der Diskussion über die Ausführungen Briands vor dem
auswärtigen Ausschuss der Kammer die Frage der deutschen
Ostgrenze eine bedeutende Rolle gespielt. Auf die Frage an
Briand, ob die polnisch-französischen Abmachungen der deutsch-
französischen Verständigungspolitik nicht widersprechen, ant-
wortete Briand, daß es sich um zwei völlig verschiedene
Dinge handele. Nach seiner persönlichen Auffassung könnte
sich Deutschland und Polen ebenfalls verständigen. Auf eine
weitere Frage, ob Stresemann in Thoiry mit Briand über
die Notwendigkeit der Abänderung der Ostgrenze Deutschlands
gesprochen habe, erwiderte Briand bejahend. Er habe aber
damals Stresemann gesagt, daß der entscheidende Gesicht-
spunkt für eine Neuregelung der deutsch-polnischen Grenze
nur die Frage der Kompensationen sei, welche Deutschland
Polen als Gegenwert anbieten könne. Ueber die Politik
der deutsch-französischen Verständigung sagte Briand, daß
diese in Deutschland so tiefe Wurzeln geschlagen habe, daß
es für jede deutsche Regierung, welche Partei in ihr auch
immer ausschlaggebend sein möge, schwer sein würde, den
deutsch-französischen Verständigungskurs abzuändern.

D-Zug-Dieb gewarnt. Dieser benutzt hauptsächlich die Sta-
tionen, wo die D-Züge Aufenthalt haben. Er beobachtet
die Reisenden, die sich meistens während des Aufenthalts
auf den Bahnsteig begeben, um sich dort auf irgendeine
Weise zu erfrischen. Ist der Dieb dann in dem Wagen
bezogen, in dem Abteil allein, nutzt er die Gelegenheit aus
und stiehlt die in den Gepäckträgern aufbewahrten Koffer
oder Handtaschen und verschwindet mit diesen. Also Vorsicht
und das Handgepäck niemals unbeobachtet in den Abteilen
lassen.

sek. — (Das gute Beispiel.) Um zu zeigen, wie
weit bei gutem Willen über die gesetzliche Aufwertungspflicht
hinausgegangen werden kann, veröffentlicht das „Evangelische
Deutschland“, die bekannte Zeitschrift für das Gesamtgebiet
des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes, wiederholt Bei-
spiele, wobei selbstverständlich die Verschiedenheit der Ver-
hältnisse und der Leistungsfähigkeit in Betracht zu ziehen
ist. So hat die Goldmark-Spartasse des Deutschnationalen
Handlungsgehilfen-Verbandes bereits im Januar 1924 die

Sparrestguthaben von Kriegshinterbliebenen mit 100 Prozent,
sonstige 225 000 Sparrestguthaben mit 40 Prozent aufgewer-
tet. Der gemeinnützige Bauverein in Meerane (Sachsen)
wertete auf 100 Prozent, der Gartenbauverein auf 40 Pro-
zent auf u. a. In Württemberg hat die mit der Inneren
Mission eng verwachsene Evangelische Gesellschaft in Stutt-
gart sämtliche alte Schulden mit 50 Prozent aufgewertet.

Kamenz. (Wochenmarkt.) Auf dem heutigen
Wochenmarkt herrschte reger Verkehr, stark war der Zuspruch
der Landbewohner. Am Gemüsemarkt wurden gezahlt für
Aepfel 15—35, Rüsse 60—75, Wein 120, Rotkraut 12—15,
Weißkraut 12, Zwiebeln 10—15, Grünkohl 25, Rosenkohl 50,
Blumenkohl 30—80, Spinat 35, Wirsing 15—20, Endi-
vien 15—25, Kapuzinchen 60 Pfg. das Pfund.

Bischofswerda. (Eigenartige Bundesgenos-
sen.) Ein Linksbund, bestehend aus Demokraten, Sozialisten
und Kommunisten, hat sich im hiesigen Stadtparlament ge-
bildet. Bei den letzten Wahlen hatte sich eine neue bürger-
liche Vereinigung gebildet aus den Freunden des früheren

